

Oesterreich, daß es eine Flotte in den südlichen Häfen halte, mit der es seine Bundespflichten zu erfüllen bereit sei.

Baiern hat mit Gegenforderungen geantwortet. Aus der Darstellung der Verhandlungen geht hervor, daß es auch den dringendsten Vorstellungen des Reichs-Ministeriums nicht gelungen ist, die bayerische Regierung zur Erfüllung ihrer Pflicht zu bewegen, und dieselbe hat endlich die Zahlung ihres Umlage-Antheiles auf die ständische Bewilligung hinausgeschoben.

Sachsen hat vorerst eröffnet, daß es unweigerlich, jedoch nicht eher zahlen werde, bis die anderen Staaten, namentlich die größeren unter ihnen, ihren desfallsigen Verbindlichkeiten nachgekommen seien. Später hat es auf Preußen anweisen wollen, um seinen Beitrag aus der Einnahme der Zollvereins-Casse zu decken. Preußen erklärte jedoch, daß Sachsen nicht zu den Staaten gehöre, für die es Vorschüsse leisten könne, da Sachsen in der Regel bei den Zollvereins-Abrechnungen noch herauszahlen habe. Endlich setzt die sächsische Regierung den wiederholten Mahnungen des Reichs-Ministeriums gleichfalls die ständische Zustimmung entgegen.

Kurhessen hat anfänglich durch Gegenrechnung erwidern wollen, sich aber später zur Baarzahlung verstanden.

Was die niederländische Regierung wegen Limburgs und Luxemburgs betrifft, so hält auch unter verschiedenen unmaßgeblichen Bedenken neuer höslicher Einreden gegen die ganze neue Ordnung der Dinge in Deutschland ihren Beitrag zur Flotte zurück. Auch müsse dieselbe vorher die Stände um ihre Zustimmung zu einer so unvorhergesehenen Ausgabe befragen. Die von dem Finanzminister vorgelesene Note des niederländischen Bevollmächtigten, Hrn. v. Scherff, ruft uns lebhaft das Wort Talleyrand's ins Gedächtniß, „daß dem Menschen die Sprache gegeben worden sei, um seine Gedanken zu verbergen.“ Das Reichs-Ministerium hat Hrn. v. Scherff entschieden erklärt, daß es nicht zugeben könne, daß durch eine Bestimmung der niederländischen Verfassung den Pflichten Limburgs gegen Deutschland präjudicirt werde.

Der Bevollmächtigte von Liechtenstein zeigt an, daß seine Regierung ihren Beitrag zahlen wolle. Derselbe sei aber bis heute noch nicht hier eingegangen.

Was nun der dritte Punkt der Interpellation hinsichtlich der zweiten Umlage und die Frage anlangt, ob bereits dieselbe von einzelnen Staaten geleistet worden, so ist die Anordnung getroffen, daß die eine Hälfte Anfangs März, die andere Hälfte Anfangs Mai eingezogen werden solle. Schleswig-Holstein, Schaumburg-Lippe, Lauenburg und Hannover haben bereits ihren vollständigen Beitrag, Hessen-Darmstadt und Homburg, Nassau, Meiningen, Anhalt-Bernburg und Dessau, Schwarzburg-Rudolstadt, Meuß und Frankfurt die erste Quote entrichtet.

Frankfurt, 13. März. Wie wir aus glaubwürdiger Quelle hören, soll einer der wesentlichsten Gründe, welche Welcker veranlaßten, sich gestern so entschieden gegen die österreichische Politik zu erklären, der sein, daß in der neuen, hier eingetroffenen österreichischen Note darauf bestanden wird, daß bei der Vertretung des Gesamt-Waterlandes das Volkshaus ganz ausfalle, und nur ein Staatenhaus gebildet werde. Man glaubt übrigens, Stadion werde bald hier eintreffen, und wir werden dann sehen, ob die Coalition nach dem bedeutenden Verluste, den sie erlitten, dadurch wieder neue Kraft erhält. Daß heute der Antrag auf Vertagung der Discussion über das „Reichs-Gericht“ mit einer kleinen Majorität durchfiel, beweist nichts dafür, da viele Abgeordnete, die zur Mehrzahl gehören, darum doch nicht geneigt sind, auf den Vorschlag einzugehen, die neue Verfassung des Vaterlandes nach dem Vorschlage des Verfassungs-Ausschusses, wie Welcker gestern vorschlug, in Querschnitt und Bogen anzunehmen. Wie unendliche Verzögerung, so wäre ungebührliche Eile, nach der Meinung dieser wackeren Männer, dem großen Werke, das wir für die Zukunft zu errichten streben, keineswegs förderlich, und Welcker hat doch bei gar manchen Gelegenheiten die Wahrheit des Wortes unseres Dichters bewährt: „Der Eifer, auch der gute, kann verlegen.“

Von der polnischen Gränze, 5. März. Laut Kaiserl. Ukas sind alle Dikasterien und Staats-Anstalten angewiesen worden, sich im Laufe des Jahres 1849 mit keinerlei Bittgesuchen um Erhöhung der Beamtengehälter oder sonstiger Geldunterstützungen an die Staatskasse zu wenden, weil das Land außerordentliche Geldbedürfnisse für die Mobilmachung der ganzen Armee nöthig habe. Wer diesen Ukas zuwider handelt, ist der härtesten Strafe ausgesetzt. Diese Anordnung ist in den gegenwärtigen Verhältnissen von großer Bedeutung, zumal ein solches Verbot seit Menschengedenken in den russischen Landen nicht vorkam, und daher deutlich zeigt, daß der Czar weit ausschende Pläne vorhat, für deren Ausführung er seine Finanzen zusammen zu halten sucht. Als eine der wichtigsten, in die nordischen Verhältnisse tief eingreifenden Maßregeln dürfte das so eben kundgewordene Faktum zu betrachten sein, daß eine russische Eskadre bereits Ordre erhalten habe, in die Ostsee auszulassen.

H. G.

Frankreich.

Paris, 10. März. Dem Minister der äußeren Angelegenheiten hat Herr v. Thorn, bevollmächtigter österreichischer Minister, vor mehreren Tagen drei Noten seiner Regierung überreicht; in den ersten rechtfertigt derselbe den Einfall der österreichischen Truppen in Ferrara;

in der zweiten wahrte sie Oesterreichs Rechte auf Toskana, kraft der Verträge von 1735 und 1815, und in der dritten erklärt sie als Recht und Pflicht der Großmächte den Papst in seine weltliche Souveränität wieder einzusetzen, meint jedoch, es wäre unter den obwaltenden Umständen angemessener, wenn dieselben die Ausführung der Intervention den katholischen Mächten zweiten Ranges: Spanien, Portugal und Neapel überlassen und die Truppen der letztern Macht die unter General Zucchi stehenden päpstlichen Truppen unterstützten. Da die drei Noten zu gleicher Zeit mit der Note des Cardinals Antonelli hier anlangten, in welcher Pius IX. das bewaffnete Einschreiten von Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel in Anspruch nimmt, so muß die französische Regierung ohne weiteren Bezug aus ihrer Unthätigkeit oder Neutralität herausgehen und einen bestimmten Entschluß fassen; man zweifelt daher in gut unterrichteten Kreisen, daß sie sich für den Vorschlag Oesterreichs entscheiden werde, der ihr ein direktes Einschreiten erspart und ihr demnach ein mittelbarer Antheil an der Herstellung der weltlichen Souveränität des Papstes gewährt.

Italien.

Rom, 3. März. Es ist von der diesseitigen Regierung eine Note an das Cabinet von Neapel erlassen, um über die Truppenanhäufung gegen die Gränze hin Aufklärung zu verlangen, zugleich auch Klage zu führen über eine Gebietsverletzung, welche durch ein repossirendes Bistum Statt gehabt; man habe dasselbe nur deshalb ungehindert abziehen lassen, weil man Italiener nicht angreifen wolle. In der That verschern Reisende, auf der Straße zwischen hier und Neapel winnele Alles von Truppen; dießseits Gaeta hatte einer 24 Kanonen mit den nöthigen Munitionskarren getroffen. Angenehm aber ist die Aussicht auf diese Gäste, sollten sie wirklich uns einen Besuch zugebracht haben, keineswegs, denn einzelne Theile der neapolitanischen Armee sind nicht gerade aus sehr respektablen Bestandtheilen gebildet. Namentlich soll in Fondi ein ganz aus Sträflingen bestehendes Regiment liegen. Hier bewaffnet man fortwährend mit größtem Eifer; täglich werden Truppen abgesandt, andere neu eingekleidet. Dabei steigt die Geldnoth, man möchte sagen, in geometrischer Progression. Silber steht zu Papier auf fünfzehn bis zwanzig Prozent, Gold noch höher. Der Mangel an kleinen Noten erregt täglich Streit und Zank, da Niemand wechseln will und kann; mehrere Mordthaten sind schon auf diese Art veranlaßt worden. Die Zwangs-Anleihe wird die Noth noch steigern, da die großen Familien einen Theil ihrer Dienerschaft entlassen werden, sobald die Maßregel in Kraft tritt. Auch vermuthet man, daß sie nicht einmal viel Geld einbringen werde. Sie muß in Gold und Silber gezahlt werden; die Reichen aber sollen zum Theil längst ihre Schätze beiseite haben, und, indem sie erklären, nicht zahlen zu können, setzen sie sich nur der Gefahr aus, ihre Güter konfiszirt zu sehen. Diese aber bringen erst im Herbst etwas ein, und bis dahin, schmachtet sich diese Partei, wird Alles wieder ins Geleise gebracht sein. So dürfte die Regierung bald genöthigt sein, auch die mittleren Klassen in Kontribution zu setzen, daran aber vielleicht selbst scheitern. Leute von behärrtem Patriotismus, welche in diese Verhältnisse eingeweiht sind, verschern, der Finanzpunkt werde Alles zum Sturze bringen, selbst wenn keine Intervention eintrete. Heute Abend, heißt es, wollen bereits die Mauer des Geldes wegen tumultuiren, und es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Verhältnisse sich nur verschlimmern werden. — Der Kapitain des französischen Dampfschiffs Ténare ist hier angelangt, wie es heißt, mit dem Befehle, die Archive der französischen Gesandtschaft zu versiegeln; zugleich, sagt man, sei das ganze noch hier befindliche Personal derselben abgerufen. Heute weht indeß noch die Fahne der Republik am Gesandtschaftshotel. — Eine neue Erkommunikation soll gegen Alle ausgesprochen sein, welche geistliche Güter den Behörden überliefern; es bleibt also nur übrig, der Gewalt zu weichen. Zugleich hat Kardinal Antonelli in den stärksten Ausdrücken gegen die Besignahme der geistlichen Güter protestirt und zugleich vor den Ankauf derselben gewarnt, da alle Verträge der Art null und nichtig seien und betrachtet werden würden als eingegangen von Leuten, die sich durch öffentlichen und offenbaren Raub fremdes Gut angeeignet hätten. — Die Wahlen für die römische Municipalität sind vom 11. auf den 12. März verschoben worden. — Da die Regierung überlaufen wird von solchen, welche Anstellungen suchen, so ist eine eigene Kommission niedergesetzt, welche über die Ansprüche derselben zu entscheiden hat. Dennoch klagt man, der Nepotismus unter der Republik sei größer, als er je unter dem Priester-Regiment gewesen. —

Es ist kaum ein Jahr verflossen, seitdem der Graf Gaetano Mastai im Triumphzuge in Rom einzog. Die Straßen, durch welche er fuhr, waren mit Teppichen behangen, eine Deputation nach der andern brachte ihre Glückwünsche dar, zahlreiche Ehrenwagen stationirten vor seinem Gasthose in der Via della Croce, die Stadt wurde Abends geschmackvoll beleuchtet, Alles dieses, weil er der Bruder Pius IX. war. Heute wird nun Gaetano Mastai gefänglich eingezogen, über die Grenze spedirt und verbannt, und warum? Er ist der Bruder Pius IX. Pius ist sich in seinen Gefinnungen, seinen Handlungen, seinen freisinnigen und ordnungsbezüglichen Reformen unwandelbar derselbe geblieben, der schwarze Undank hat die Herzen der Römer verblindet, die in seiner Verwandtschaft sogar den rechtmäßigen Fürsten